

1 **Ergebnisse der Sondierungen von CDU, CSU und SPD**

2

3 Deutschland steht vor historischen Herausforderungen. Die wirtschaftliche Lage ist an-
4 gespannt, die weltpolitischen Entwicklungen fordern uns heraus, massive Investitionen
5 sind nötig, um den Alltag der Menschen in unserem Land zu verbessern. Unser An-
6 spruch ist klar: Deutschland braucht Stabilität und Aufbruch – für eine sichere Zukunft,
7 für wirtschaftliche Stärke und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

8 In einer Zeit wachsender Unsicherheit in Europa und weltweit übernehmen wir Ver-
9 antwortung. Der Schutz von Freiheit und Frieden, der Erhalt unseres Wohlstands und
10 die Modernisierung unseres Landes dulden keinen Aufschub. Unser Ziel ist es, die in-
11 nere und äußere Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken, massiv in unsere Inf-
12 frastruktur zu investieren und die Grundlagen für dauerhaftes und nachhaltiges Wachs-
13 tum zu legen. Wir wollen Verantwortung in Europa übernehmen und gemeinsam mit
14 unseren Partnern die Verteidigungsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-
15 päischen Union stärken. Klar ist: Deutschland steht weiter an der Seite der Ukraine.

16 Die Grundlage für eine stabile Regierung ist eine solide Finanzierung. Deshalb haben
17 wir uns darauf verständigt, dass zentrale Investitions- und Finanzierungsfragen Vor-
18 rang haben. Mit einem Sondervermögen von 500 Milliarden Euro bringen wir unser
19 Land wieder in Form – durch Investitionen in Straßen, Schienen, Bildung, Digitalisie-
20 rung, Energie und Gesundheit. Gleichzeitig sichern wir mit zusätzlichen Mitteln die Ver-
21 teidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas, denn der Schutz unserer Freiheit ist un-
22 verzichtbar. Klar ist, dass wir die Ukraine weiter unterstützen wollen.

23 Uns eint der Wille, neue Zuversicht zu schaffen. Wir wollen den gesellschaftlichen Zu-
24 sammenhalt festigen, indem wir Familien entlasten, die soziale Sicherheit stärken und
25 die Leistung der hart arbeitenden Menschen anerkennen. Wir wollen das Leben der
26 Menschen in unserem Land einfacher und besser machen. Im 35. Jahr der Deutschen
27 Einheit sehen wir die vielen gemeinsamen Erfolge und werden weiter in die wirtschaft-
28 liche Stärke der östlichen Bundesländer investieren. Wir wollen unseren Staat wieder
29 leistungsfähig machen durch eine grundlegende Modernisierung, Reformanstrengun-
30 gen, einen umfassenden Rückbau der Bürokratie und durch Digitalisierung. Wir setzen
31 uns für eine starke wettbewerbsfähige Wirtschaft ein, die von einer gut ausgebildeten
32 und fair bezahlten Arbeitnehmerschaft getragen wird. Wir wollen ein weltoffenes Land
33 bleiben, Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt fördern und zugleich die irreguläre
34 Migration deutlich reduzieren. Wir wollen die Polarisierung in unserem Land zurück-
35 drängen, die durch die irreguläre Migration verursachte Belastung unserer öffentlichen
36 Infrastruktur beenden und auch damit den Zusammenhalt unseres Landes dauerhaft
37 stärken.

38 Mit diesem Sondierungsergebnis gehen wir den ersten wichtigen Schritt. Wir wissen,
39 dass noch große Aufgaben vor uns liegen. Aber wir sind entschlossen, sie gemeinsam
40 anzupacken – verantwortungsvoll, solidarisch und mit dem klaren Ziel, Deutschland zu

41 modernisieren und für die Zukunft stark zu machen. Wir wollen unsere Demokratie
42 stärken und schützen.

43 Die Sondierungsgespräche waren von Verantwortungsbewusstsein und gegenseitigem
44 Vertrauen geprägt. Auf dieser Grundlage und auf Basis des Sondierungsergebnisses
45 können wir einen ambitionierten und tragfähigen Koalitionsvertrag schließen. Dabei ist
46 uns bewusst, dass wir nicht alle kommenden Herausforderungen schon jetzt vorsehen
47 können. Eine verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die von gegenseitigem
48 Respekt geprägt ist, wird deshalb auch in Zukunft unsere Basis für gutes Regierungs-
49 handeln sein.

50 Folgende Ergebnisse halten wir fest:

51

52 I. Finanzierung

53 CDU, CSU und SPD einigen sich darauf noch vor der Konstituierung des 21. Deutschen
54 Bundestages folgende Maßnahmen umzusetzen:

55 1. Die Verteidigungsausgaben im Einzelplan 14 werden in der Höhe von 1 Prozent des
56 BIP innerhalb des Geltungsbereichs der grundgesetzlichen Schuldenbremse abge-
57 bildet. Darüber hinaus gehende Ausgaben für Verteidigung im Einzelplan 14 wer-
58 den nicht bei der Schuldenbremse angerechnet.

59 2. Es wird ein Sondervermögen Infrastruktur Bund/Länder/Kommunen geschaffen,
60 das mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro ausgestattet wird und eine Laufzeit
61 von 10 Jahren hat. Dieses Sondervermögen soll für Investitionen in die Infrastruktur
62 dienen. Dies umfasst insbesondere Zivil- und Bevölkerungsschutz, Verkehrsinfra-
63 struktur, Krankenhaus-Investitionen, Investitionen in die Energieinfrastruktur, in
64 die Bildungs-, Betreuungs- und Wissenschaftsinfrastruktur, in Forschung und Ent-
65 wicklung und Digitalisierung. Davon sollen 100 Milliarden Euro den Ländern und
66 Kommunen für die o. g. Bereiche zur Verfügung stehen.

67 3. Die Schuldenbremse wird dahingehend konkretisiert, dass den Ländern zukünftig
68 eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des BIP ermöglicht wird.

69 4. Die Mittel aus dem Sondervermögen Bundeswehr müssen zügig abfließen. Deshalb
70 werden CDU/CSU und SPD noch im ersten halben Jahr nach der Regierungsbildung
71 ein Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz für die Bundeswehr, sowie
72 eine Prioritätenliste mit schnell zu beschaffenden Rüstungsgegenständen vorlegen,
73 die die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes schnell und effizient erhöhen. Die
74 Prioritätenliste wird in enger Abstimmung mit dem BMVg entworfen

75 5. Die erforderlichen einfachgesetzlichen Regelungen zu 1, 2 und 3 werden zu Beginn
76 der 21. Wahlperiode umgesetzt.

77 6. Es wird eine Expertenkommission eingesetzt, die einen Vorschlag für eine Moder-
78 nisierung der Schuldenbremse entwickelt, die dauerhaft zusätzliche Investitionen

79 in die Stärkung unseres Landes ermöglicht. Auf dieser Grundlage wollen wir die Ge-
80 setzgebung Ende 2025 abschließen.

81 7. Wir werden im Rahmen der Haushaltsberatungen auch Einsparungen vornehmen
82 und darüber hinaus schrittweise auf eine ziel- und wirkungsorientierte Haushalts-
83 führung umstellen.

84 8. Mit einem Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen werden wir die finan-
85 zielle Handlungsfähigkeit stärken und eine umfassende Aufgaben- und Kostenkritik
86 vornehmen.

87

88 II. **Wirtschaft**

89 Wir werden den Standort Deutschland wettbewerbsfähig machen – mit Vertrauen,
90 Entschlossenheit und Planungssicherheit. Unser Ziel ist es, das Potentialwachstum in
91 Deutschland wieder auf deutlich über ein Prozent zu erhöhen. Wir fördern Investitio-
92 nen und Innovationen für nachhaltiges Wachstum, neuen Wohlstand und Arbeits-
93 plätze. Wir stärken Mittelstand und Handwerk den Rücken. Wir wollen, dass Deutsch-
94 land ein starkes Industrieland bleibt und dass Fleiß sich lohnt.

95 Deshalb werden wir unter anderem folgende Maßnahmen umsetzen:

96 • Wettbewerbsfähige Energiekosten/Industriestrompreis: Für schnelle Entlastungen
97 um mindestens fünf Cent pro kWh wollen wir in einem ersten Schritt die Strom-
98 steuer für alle auf das europäische Mindestmaß senken und die Übertragungs-
99 netzentgelte halbieren. Ziel ist eine dauerhafte Deckelung der Netzentgelte. Wir
100 streben eine Ausweitung der Regelungen der Strompreiskompensation auf weitere
101 energieintensive Branchen an und wollen die Kompensation verlängern. Den not-
102 wendigen Netzausbau treiben wir zügig, zielgerichtet und kosteneffizient voran.
103 Unser Ziel sind dauerhaft niedrige und planbare, international wettbewerbsfähige
104 Energiekosten.

105 • Energieangebot erhöhen: Ein größeres Energieangebot dient der Stabilisierung und
106 Reduzierung der Stromkosten. Dazu sollen künftig Reservekraftwerke nicht nur zur
107 Vermeidung von Versorgungsengpässen, sondern auch zur Stabilisierung des
108 Strompreises zum Einsatz kommen. Den Bau von bis zu 20 GW an Gaskraftwerks-
109 leistung bis 2030 wollen wir im Rahmen einer zügig zu überarbeitenden Kraftwerks-
110 strategie anreizen. Diese sollen vorrangig an bestehenden Kraftwerksstandorten
111 entstehen. Wir wollen alle Potentiale der Erneuerbaren Energien nutzen. Dazu ge-
112 hört neben dem entschlossenen und netzdienlichen Ausbau von Sonnen- und
113 Windenergie u.a. auch der Ausbau von Bioenergie, Wasserkraft, Geothermie und
114 Speicherkapazitäten.

- 115 • Energieintensive Industrie CO2-neutral machen: Wir werden umgehend nach Be-
116 ginn der Wahlperiode ein Gesetzespaket beschließen, dass die Abscheidung und
117 Speicherung von Kohlendioxid (CCS) insbesondere für schwer vermeidbare Emissi-
118 onen des Industriesektors ermöglicht. Das Wasserstoffkernnetz muss deutschland-
119 weit die industriellen Zentren anbinden, auch im Süden und Osten Deutschlands.
- 120 • Leitmärkte für klimaneutrale Produkte: Wir wollen als marktgerechtes Instrument
121 Leitmärkte für klimaneutrale Produkte schaffen, z.B. durch Quoten für klimaneut-
122 ralen Stahl, eine Grüngasquote oder vergaberechtliche Vorgaben.
- 123 • Bekanntnis zu Klimazielen: Wir stehen zu den deutschen und europäischen Klima-
124 zielen, wohlwissend, dass die Erderwärmung ein globales Problem ist und die Welt-
125 gemeinschaft es gemeinsam lösen muss. Wir arbeiten entschlossen daran, diese
126 Klimaziele einzuhalten. Wir wollen Klimaschutz, soziale Ausgewogenheit und wirt-
127 schaftliches Wachstum pragmatisch und unbürokratisch zusammenbringen.
- 128 • Strategische Industrien stärken: Es ist in unserem Interesse, strategisch wichtige
129 Branchen in Deutschland zu halten bzw. neu anzusiedeln, z.B. die Halbleiterindust-
130 rie, Batteriefertigung, Wasserstoff oder auch Pharma. Dabei kann uns die Cluster-
131 arbeit u.a. der ostdeutschen Länder für Halbleiter ein gutes Beispiel sein. Wir nut-
132 zen dabei die Möglichkeiten des European Chips Act sowie der IPCEI.
- 133 • Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten: Wir bekennen uns klar zum Automo-
134 bilstandort Deutschland und seinen Arbeitsplätzen. Dabei setzen wir auf Technolo-
135 gieoffenheit. Wir wollen uns aktiv dafür einsetzen, Strafzahlungen aufgrund der
136 Flottengrenzwerte abzuwehren. Gleichzeitig wollen wir die E-Mobilität durch einen
137 Kaufanreiz fördern. Bei der Bewältigung der Transformation unterstützen wir auch
138 die Zulieferer.
- 139 • Die Mitte entlasten: Wir werden die breite Mittelschicht durch eine Einkommen-
140 steuerreform entlasten und die Pendlerpauschale erhöhen.
- 141 • Investitionen anreizen: Wir werden sofort nach Regierungsübernahme spürbare
142 Anreize für unternehmerische Investitionen in Deutschland setzen. Wir steigen in
143 der kommenden Legislaturperiode in eine Unternehmenssteuerreform ein.
- 144 • Investitionen hebeln: Zur Vergabe von Eigen- und Fremdkapital bei Investitionen
145 wollen wir im Zusammenspiel von öffentlichen Garantien (z.B. KfW) und privatem
146 Kapital Investitionsfonds auflegen, z.B. für Venture Capital, Wohnungsbau und
147 Energieinfrastruktur.
- 148 • Gastronomie unterstützen: Um Gastronomie und Verbraucher zu entlasten, wer-
149 den wir die Umsatzsteuer für Speisen dauerhaft auf sieben Prozent reduzieren.
- 150 • Landwirten den Rücken stärken: Wir werden die Agrardiesel-Rückvergütung voll-
151 ständig wieder einführen.

- 152 • Bürokratie rückbauen: Überbordende Bürokratie werden wir zurückbauen, etwa
153 durch die Abschaffung von Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten. Zu-
154 dem werden wir die Zahl der gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsbeauftragten sig-
155 nifikant reduzieren. Wir orientieren uns dabei am Vorschlag des Normenkontroll-
156 rates, die Bürokratiekosten für die Unternehmen in den nächsten vier Jahren um
157 25 Prozent zu reduzieren.
- 158 • Innovation und Forschung Vorrang geben: Wir legen ein schlagkräftiges Programm
159 für Forschung, Innovationen, Technologien, Transfer und Entrepreneurship vor –
160 eine Hightech-Agenda für Deutschland. Wir wollen die Fusionsforschung stärker
161 fördern. Unser Ziel ist: Der erste Fusionsreaktor der Welt soll in Deutschland ste-
162 hen. Wir wollen die Chancen von Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung stärker
163 nutzen. Dazu braucht es eine massive Aufstockung der Mittel für Forschung und
164 Entwicklung.
- 165 • Wissenschaftsfreiheit erhalten: Die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Wis-
166 senschaft ist das Fundament für Fortschritt und Innovation, die es zu schützen gilt.
167 Sie ermöglicht eine unabhängige Forschung und den Gewinn neuer Erkenntnisse
168 frei von politischer Einflussnahme und Ideologie.
- 169 • Digitalisierung voranbringen: Die Digitalisierung ist zentral für die Modernisierung
170 des Staates – sie macht Verwaltung effizienter, transparenter und bürgerfreundli-
171 cher. Dazu müssen digitale Behördengänge flächendeckend ermöglicht, Datenre-
172 gister vernetzt und Verwaltungsprozesse automatisiert werden. Ein einheitliches
173 Bürgerkonto soll den Zugang zu digitalen Diensten erleichtern. Zudem braucht es
174 neue Kompetenzzuordnungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.
- 175 • Freihandel ausbauen: Die vier von der amtierenden Regierung in den Bundestag
176 eingebrachten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen werden wir wortgleich wieder
177 einbringen und beschließen. Wir setzen uns zudem ein für ein Inkrafttreten des
178 Mercosur-Abkommens und den Abschluss neuer Freihandelsabkommen, darunter
179 auch mit den USA. Gleichzeitig wollen wir unsere Industrie vor unfairen Handels-
180 und Subventionspraktiken schützen.

181

182 III. **Arbeit und Soziales**

183 Mit starken Wachstumsimpulsen und einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit si-
184 chern wir Beschäftigung und schaffen die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze. Mit
185 einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wollen wir erwerbfähige Arbeitslose in dauerhafte
186 Beschäftigung bringen.

187 Das bisherige Bürgergeldsystem gestalten wir zu einer neuen Grundsicherung für Ar-
188 beitssuchende um. Es muss sichergestellt werden, dass die Jobcenter für die Eingliede-

189 rung ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Wir stärken die Vermittlung
190 lung in Arbeit. Für die Menschen, die arbeiten können, soll der Vermittlungsvorrang
191 gelten. Diese Menschen müssen schnellstmöglich in Arbeit vermittelt werden. Für die-
192 jenigen, die aufgrund von Vermittlungshemmnissen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt
193 finden, werden wir vor allem durch Qualifizierung eine dauerhafte Integration in den
194 Arbeitsmarkt ermöglichen. Wir werden Vermittlungshürden beseitigen, Mitwirkungs-
195 pflichten und Sanktionen im Sinne des Prinzips Fördern und Fordern verschärfen. Bei
196 Menschen, die arbeiten können und wiederholt zumutbare Arbeit verweigern, wird ein
197 vollständiger Leistungsentzug vorgenommen. Für die Verschärfung von Sanktionen
198 werden wir die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beachten.

199 Großangelegter Sozialleistungsmissbrauch, im Inland sowie durch im Ausland lebende
200 Menschen, muss beendet werden. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit wollen wir wei-
201 ter stärken und so härter gegen diejenigen vorgehen, die illegale Beschäftigung betrei-
202 ben oder die „schwarz“ arbeiten.

203 Viele soziale Leistungen sind unzureichend aufeinander abgestimmt. Wir wollen Leis-
204 tungen zusammenfassen und besser aufeinander abstimmen, etwa durch die Zusam-
205 menführung durch Wohngeld und Kinderzuschlag. Wir wollen, das – wo immer möglich
206 – Leistungen und Beratung aus einer Hand erbracht werden. Die Prozesse müssen di-
207 gitalisiert werden.

208

209 • Mindestlohn und Stärkung Tarifbindung: Gute Löhne sind eine Voraussetzung für
210 die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft. Der gesetzliche Mindestlohn ist dabei
211 die Untergrenze. Wir stehen zum gesetzlichen Mindestlohn. Die Entwicklung des
212 Mindestlohns muss einen Beitrag zu stärkerer Kaufkraft und einer stabilen Binnen-
213 nachfrage in Deutschland leisten. An einer starken und unabhängigen Mindestlohn-
214 kommission halten wir fest. Für die weitere Entwicklung des Mindestlohns wird sich
215 die Mindestlohnkommission im Rahmen einer Gesamtabwägung sowohl an der Ta-
216 rifentwicklung als auch an 60 Prozent des Bruttomedianlohns von Vollzeitbeschäf-
217 tigten orientieren. Auf diesem Weg ist ein Mindestlohn von 15 Euro im Jahr 2026
218 erreichbar.

219 Unser Ziel ist eine höhere Tarifbindung. Tariflöhne müssen wieder die Regel werden
220 und dürfen nicht die Ausnahme bleiben. Deswegen werden wir ein Bundesta-
221 riftreuegesetz auf den Weg bringen.

222 • Sicherheit und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt: Die Arbeitswelt ist im Wandel. Be-
223 schäftigte und Unternehmen wünschen sich mehr Flexibilität. Deshalb wollen wir
224 im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie die Möglichkeit einer wö-
225 chentlichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit schaffen – auch und gerade
226 im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei werden wir die

227 hohen Standards im Arbeitsschutz wahren und die geltenden Ruhezeitregelungen
228 beibehalten. Kein Beschäftigter darf gegen seinen Willen zu höherer Arbeitszeit ge-
229 zwungen werden. Deshalb werden wir Missbrauch ausschließen.

230 Für die steigenden Herausforderungen der Digitalisierung und der KI in der Arbeits-
231 welt wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit diese sozialpart-
232 nerschaftlich gelöst werden. Wir werden die Mitbestimmung weiterentwickeln.

233 Damit sich Mehrarbeit auszahlt, werden Zuschläge für Mehrarbeit, die über die ta-
234 riflich vereinbarte bzw. an Tarifverträgen orientierte Vollzeitarbeit hinausgehen,
235 steuerfrei gestellt. Als Vollzeitarbeit gilt dabei für tarifliche Regelungen eine Wo-
236 chenarbeitszeit von mindestens 34 Stunden, für nicht tariflich festgelegte oder ver-
237 einbarte Arbeitszeiten von 40 Stunden. Wir werden einen neuen steuerlichen An-
238 reiz zur Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten schaffen: Wenn Ar-
239 beitgeber eine Prämie zur Ausweitung der Arbeitszeit zahlen, werden wir diese Prä-
240 mie steuerlich begünstigen. Missbrauch werden wir ausschließen.

241 • Rente: Wir werden die Alterssicherung für alle Generationen auf verlässliche Füße
242 stellen. Deshalb sichern wir das Rentenniveau. Nur eine wachstumsorientierte
243 Wirtschaftspolitik, eine hohe Beschäftigungsquote und eine angemessene Lohn-
244 entwicklung ermöglichen es, dies dauerhaft zu finanzieren. Zusätzlich werden wir
245 die betriebliche Altersvorsorge stärken und die private Altersvorsorge reformieren.
246 Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird auch künftig möglich
247 bleiben. Gleichzeitig schaffen wir zusätzliche finanzielle Anreize, damit sich freiwil-
248 liges längeres Arbeiten mehr lohnt.

249 Statt einer weiteren Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, wollen wir
250 mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente. Dabei setzen wir auf Frei-
251 willigkeit. Arbeiten im Alter machen wir mit einer Aktivrente attraktiv. Wer das ge-
252 setzliche Rentenalter erreicht und freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt
253 bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei. Darüber hinaus verbessern wir die Hinzuver-
254 dienstmöglichkeiten bei der Hinterbliebenenrente.

255 Wir wollen Selbstständige besser fürs Alter absichern. Wir werden alle neuen Selb-
256 ständigen, die keinem obligatorischen Alterssicherungssystem zugeordnet sind, in
257 die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Andere Formen der Altersvor-
258 sorge, die eine verlässliche Absicherung für Selbstständige im Alter gewährleisten,
259 bleiben weiterhin möglich.

260 Wir vollenden die Mütterrente mit drei Rentenpunkten für alle – unabhängig vom
261 Geburtsjahr der Kinder –, um gleiche Wertschätzung und Anerkennung für alle Müt-
262 ter zu gewährleisten.

263 Das Konzept einer Frühstartrente soll Bestandteil der Koalitionsverhandlungen
264 werden.

265 • Fachkräftesicherung: Die Sicherung der Fachkräftebasis ist ein entscheidender Fak-
 266 tor für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Deshalb ziehen wir alle Register
 267 damit Fachkräftesicherung in den nächsten Jahren gelingt.

268 Wir wollen Familien helfen, den alltäglichen Spagat zwischen Kindererziehung, Ar-
 269 beit, Haushalt, Pflege und auch Erholung besser bewältigen zu können. Deshalb
 270 prüfen wir ein jährliches Familienbudget für Alltagshelfer, das wir digital zugänglich
 271 machen. Das hilft auch im Kampf gegen Schwarzarbeit.

272 Ergänzend braucht Deutschland qualifizierte Einwanderung. Dazu gilt es bürokrati-
 273 sche Hürden einzureißen, etwa durch eine konsequente Digitalisierung der Pro-
 274 zesse und eine beschleunigte Anerkennung der Berufsqualifikation. Dafür schaffen
 275 wir eine digitale Agentur für Fachkräfteeinwanderung als einheitliche Ansprech-
 276 partnerin für ausländische Fachkräfte.

277 • Inklusion: Wir setzen uns ein für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit
 278 Behinderungen ihr Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe ver-
 279 wirklichen können. Dazu werden wir die Barrierefreiheit im privaten und im öffent-
 280 lichen Bereich verbessern und die Aufnahme einer Arbeit für Menschen mit Behin-
 281 derungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verstärkt fördern.

282

283 IV. Migration

284 Deutschland ist ein weltoffenes Land und wird es auch bleiben. Wir stehen zu unserer
 285 humanitären Verantwortung und wollen Integration ermöglichen. Wir wollen ein ein-
 286 wanderungsfreundliches Land bleiben und eine qualifizierte Einwanderung in unseren
 287 Arbeitsmarkt attraktiv machen. Wir werden Migration ordnen und steuern und die ir-
 288 reguläre Migration wirksam zurückdrängen. Deshalb werden wir unter anderem fol-
 289 gende Maßnahmen umsetzen:

290 • Begrenzung der Migration: Das Ziel der „Begrenzung“ der Migration wollen wir –
 291 zusätzlich zur „Steuerung“ – wieder ausdrücklich in das Aufenthaltsgesetz aufneh-
 292 men.

293 • Zurückweisung an den Staatsgrenzen: Wir werden in Abstimmung mit unseren eu-
 294 ropäischen Nachbarn Zurückweisungen an den gemeinsamen Grenzen auch bei
 295 Asylgesuchen vornehmen. Wir wollen alle rechtstaatlichen Maßnahmen ergreifen,
 296 um die irreguläre Migration zu reduzieren.

297 • Integration fördern: Wir werden mehr in Integration investieren, Integrationskurse
 298 fortsetzen, die Sprach-Kitas wieder einführen, das Startchancen-Programm fortset-
 299 zen und auf Kitas ausweiten. Eine verpflichtende Integrationsvereinbarung soll
 300 künftig Rechte und Pflichten definieren.

- 301 • Fachkräfteeinwanderung vereinfachen: Wir werden den gesamten Fachkräftege-
302 winnungsprozess vereinfachen und durch umfassende Digitalisierung beschleuni-
303 gen. Dabei beziehen wir die Berufsankennung ausdrücklich ein.
- 304 • Freiwillige Aufnahmeprogramme beenden: Wir werden freiwillige Bundesaufnah-
305 meprogramme, soweit wie möglich, beenden (z.B. Afghanistan) und keine neuen
306 Programme auflegen.
- 307 • Familiennachzug aussetzen: Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutz-
308 berechtigten befristet aus.
- 309 • GEAS-Reform umsetzen: Wir werden GEAS noch in diesem Jahr ins nationale Recht
310 umsetzen.
- 311 • Rückführungsoffensive starten: Wir erarbeiten umfassende gesetzliche Regelun-
312 gen, um die Zahl der Rückführungen zu steigern. Dabei nehmen wir auch die Sekun-
313 därmigration in den Blick. Den verpflichtend beigestellten Rechtsbeistand vor der
314 Durchsetzung der Abschiebung schaffen wir ab. Die Bundespolizei soll die Kompe-
315 tenz erhalten, für ausreisepflichtige Ausländer vorübergehende Haft oder Ausrei-
316 segewahrsam zu beantragen, um ihre Abschiebung sicherzustellen. Wir wollen eine
317 Möglichkeit für einen Ausreisetarrest für ausreisepflichtige Gefährder und Täter
318 schwerer Straftaten nach Haftverbüßung schaffen. Wir werden alle Möglichkeiten
319 ausschöpfen, um die Kapazitäten für die Abschiebehaft deutlich zu erhöhen. Die
320 Möglichkeiten zur Aberkennung des Schutzstatus bei Straftätern wollen wir konse-
321 quenter anwenden. Zudem werden wir verstärkt Migrationsabkommen abschlie-
322 ßen, um legale Zuwanderung zu steuern und die Rücknahmebereitschaft sicherzu-
323 stellen. Aus dem „Amtsermittlungsgrundsatz“ muss im Asylrecht der „Beibrin-
324 gungsgrundsatz“ werden.
- 325 • Bezahlkarte: Wir wollen, dass die Bezahlkarte deutschlandweit zum Einsatz kommt,
326 und werden ihre Umgehung unterbinden.
- 327 • Herkunftsländer in die Pflicht nehmen: Wir wollen mit allen Politikfeldern eine bes-
328 sere Kooperationsbereitschaft der Herkunftsländer erreichen, einschließlich der
329 Visa-Vergabe, Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschafts- und Handelsbeziehun-
330 gen. Nach Afghanistan und Syrien werden wir abschieben – beginnend mit Straftä-
331 tern und Gefährdern.
- 332 • Liste der sicheren Herkunftsstaaten erweitern: Wir werden die Liste der sicheren
333 Herkunftsstaaten und die Zahl der Migrations- bzw. Rückführungsabkommen fort-
334 laufend erweitern.
- 335 • Staatsangehörigkeitsrecht: Wir halten an der Reform des Staatsangehörigkeits-
336 rechts fest. Wir werden verfassungsrechtlich prüfen, ob wir Terrorunterstützern,
337 Antisemiten und Extremisten, die zur Abschaffung der freiheitlich-demokratischen

338 Grundordnung aufrufen, die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen können, wenn
339 sie eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen.

340 • Westbalkan-Regelung begrenzen: Reguläre Migration nach Deutschland im Rah-
341 men der sogenannten Westbalkan-Regelung werden wir auf 25.000 Personen pro
342 Jahr begrenzen.

343

344 V. Weitere ausgewählte Vorhaben

345 Über die großen Themenkomplexe Finanzierung, Wirtschaft, Arbeit und Soziales sowie
346 Migration hinaus haben wir uns auf die folgenden Vorhaben bereits verständigt:

347 • Pflege und Gesundheit: Die Gesundheitsversorgung muss für alle gesichert bleiben.
348 Wir wollen ein große Pflegereform auf den Weg bringen. Wir stehen für eine be-
349 darfsgerechte Krankenhausversorgung in der Stadt und auf dem Land.

350 • Bauwirtschaft ankurbeln: Wohnen wollen wir für alle Menschen bezahlbar, verfüg-
351 bar und umweltverträglich gestalten. Dabei setzen wir auf Anreize und Innovati-
352 onsoffenheit. Alle Wohnformen, ob Eigentum oder Mietwohnung, sehen wir als
353 gleichwertig an. Hierfür ist die Ausweitung des Angebots von Wohnraum entschei-
354 dend. Deshalb müssen Verfahren beschleunigt und Standards vereinfacht werden,
355 zum Beispiel durch eine schnelle Einführung des Gebäudetyps E. Mieterinnen und
356 Mieter müssen wirksam vor Überforderung durch immer höhere Mieten geschützt
357 werden. Die Mietpreisbremse wollen wir zunächst für zwei Jahre verlängern. Zur
358 Stabilisierung des Wohnungsmarktes wird der soziale Wohnungsbau als wesentli-
359 cher Bestandteil der Wohnraumversorgung ausgebaut.

360 • Deutschlandticket: Wir beraten über die Fortsetzung des Deutschlandtickets sowie
361 den Ausbau und die Modernisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

362 • Grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur: Wir werden die Verkehrsinfrastruk-
363 tur zwischen Deutschland und unseren östlichen Nachbarn Polen und der Tschechi-
364 schen Republik zügig ausbauen. Ziel ist ein vergleichbar gutes Niveau wie zwischen
365 uns und unseren westlichen Nachbarn zu erreichen.

366 • Startchancen für Kinder verbessern: Als rohstoffarmes, von Industrie geprägtes, ex-
367 portorientiertes Land sind wir auf ein leistungsfähiges, innovatives Bildungs-, Wis-
368 senschafts- und Forschungssystem angewiesen. Eine hervorragende Bildung auf al-
369 len Ebenen ist dafür das Fundament.

370 Alle Kinder und Jugendliche in Deutschland sollen gerechte und gleiche Bildungs-
371 chancen für ein selbstbestimmtes Leben haben. Dazu gehören Lernfreude und Lei-
372 stungsbereitschaft.

373 Wichtig ist eine frühe Sprachdiagnostik- und förderung in der Kita und im Übergang
374 zur Grundschule, die Sicherung des Kompetenzerwerbs in Lesen, Schreiben, Rech-
375 nen und Kommunizieren bis zum Ende von Klasse 4. Wir werden die Anzahl der
376 Schulabbrecher deutlich reduzieren.

377 Dafür werden wir die Sprachkitaprogramme wieder einführen und das Startchan-
378 cenprogramm fortführen und weiterentwickeln sowie auf Kitas ausweiten.

379 Damit der Übergang ins Berufsleben besser gelingt, wollen wir gemeinsam mit den
380 Ländern ermöglichen, dass jeder junge Mensch einen Schulabschluss und eine Aus-
381 bildung machen kann. Dafür werden wir die frühe Berufsorientierung in Schulen, in
382 Kooperation mit den beruflichen Schulen und der Bundesagentur für Arbeit, weiter
383 stärken, ebenso wie die Jugendberufsagenturen.

384 • Gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen schaffen: Unser Ziel ist eine Gesell-
385 schaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt und respektvoll miteinander le-
386 ben – im Beruf, in der Familie und in der Politik. Dazu gehört gleicher Lohn für glei-
387 che Arbeit. Gesetzliche Schritte, um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir prüfen. Mit
388 dem Gewalthilfegesetz haben ab 2032 alle von Gewalt betroffenen Frauen und ihre
389 Kinder bundesweit einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung. Das war ein
390 wichtiger Schritt. Um Frauen noch weiter vor Gewalt zu schützen, wollen wir
391 schnellstmöglich das Gewaltschutzgesetz verabschieden.

392 • Partnerschaftlichkeit in Familien unterstützen: Wir wollen, dass Familien Kinderer-
393 ziehung, Pflege und Beruf partnerschaftlich vereinbaren können. Deshalb werden
394 wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen für verlässliche Kitas, Ganztagschulen
395 und Tagespflege sorgen.

396 • Desinformation zurückdrängen: Die gezielte Einflussnahme auf Wahlen sowie die
397 inzwischen alltägliche Desinformationen und Fakenews sind ernste Bedrohungen
398 für unsere Demokratie, ihre Institutionen und den gesellschaftlichen Zusammen-
399 halt. In Zeiten geopolitischer Spannungen müssen wir entschiedener denn je dage-
400 gen vorgehen. Dafür müssen wir der Digital Service Act (DSA) der EU auf nationaler
401 Ebene konsequent durchsetzen.

402 • Wahlrecht überprüfen: Wir prüfen eine erneute Reform des Wahlrechts.